

Humankapital als Motor der Entwicklung

Ein neuer Ansatz der neoklassischen Wachstumstheorie

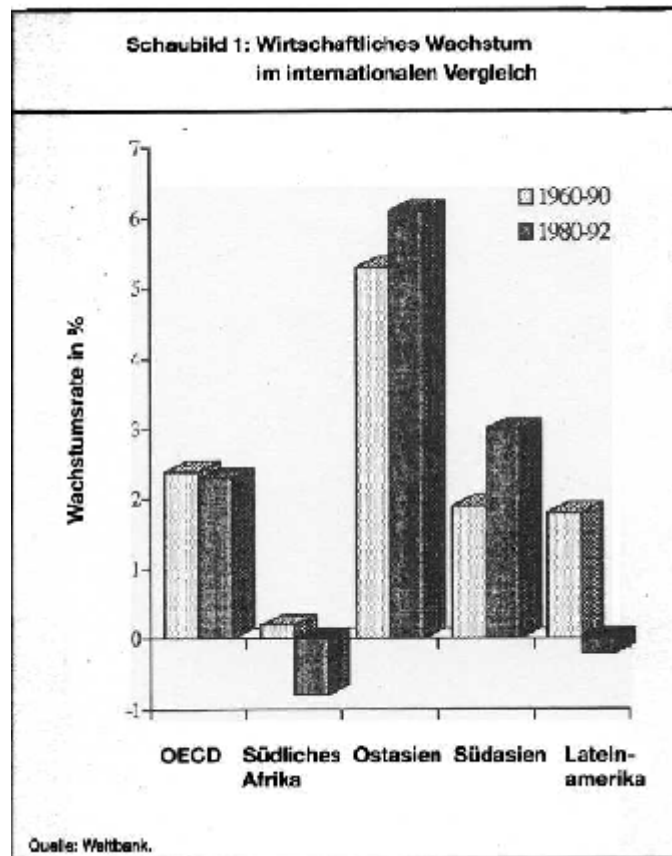
Erich Gundlach

Die entwicklungspolitische Debatte hat lange darunter gelitten, daß ihr eine überzeugende theoretische Grundlage fehlte. Dies beginnt sich seit einigen Jahren mit dem Aufkommen der "neuen" Wachstumstheorie zu ändern. Deren Implikationen stützen das, was neoklassisch orientierte Entwicklungsökonomien seit langem vertreten haben: Der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum ist Konsumverzicht zugunsten von Investitionen – aber nicht nur in Sachkapital, sondern vor allem in das sogenannte Humankapital.

Anfang der 50er Jahre war Südkorea ein bettelarmes Land. Der Lebensstandard, gemessen am Sozialprodukt je Einwohner, lag damals nur unwesentlich höher als in vielen afrikanischen Ländern und weit unterhalb des Lebensstandards der meisten Länder in Lateinamerika. Heute hat Südkorea alle diese Länder deutlich hinter sich gelassen und zu den Industrieländern aufgeschlossen.

Die gute Nachricht ist, daß Südkorea kein Einzelfall geblieben ist. Insbesondere seit Beginn der 80er Jahre haben eine ganze Reihe von Entwicklungsländern in Ost- und nunmehr auch in Südasien ein wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen, das deutlich stärker ist als in den Industrieländern (Schaubild 1). Diese Länder holen also auf. Ihr Abstand zu den Reichen der Welt verringert sich. Die weniger gute Nachricht ist, daß es in anderen Regionen der Weltwirtschaft nicht so erfreulich aussieht: Lateinamerika ist erst seit neuestem wieder dabei, die Einbußen eines verlorenen Jahrzehnts wettzumachen, und das südliche

Afrika scheint nach einer langen Phase der relativen Stagnation jetzt eher weiter zurückzufallen.



Führen diese divergierenden Entwicklungstendenzen unweigerlich dazu, daß nur einige wenige glückliche Länder der Armutsfalle entrinnen können, ansonsten aber gilt, daß die armen Entwicklungsländer immer ärmer und die reichen Industrieländer immer reicher werden? Oder sind die internationalen Wachstumsunterschiede gar nicht unabänderlich vorgegeben? Unterscheiden sich die betrachteten Ländergruppen etwa im Hinblick auf solche Faktoren, die das wirtschaftliche Wachstum erklären können? Falls Bodenschätze ein entscheidender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung sind, warum fallen dann gerade diejenigen Regionen zurück, die besonders reich an Bodenschätzen sind? Sind die entscheidenden Faktoren also vielleicht gar mit Hilfe der Wirtschaftspolitik zu beeinflussen und daher nicht, wie Bodenschätze, eher zufällig über die Erde verteilt? Kurz gewendet, warum gibt es eigentlich arme und reiche Länder in der

Weltwirtschaft, und warum holen manche Länder auf, während andere zurückfallen?

Zu den bestgehüteten Geheimnissen der Ökonomen gehört, daß Antworten auf diese und ähnliche Fragen lange Zeit ohne eine überzeugende theoretische Grundlage gegeben werden mußten. Dies hat insbesondere Entwicklungsökonomien nie davon abgehalten, wirtschaftspolitische Ratschläge zu erteilen, etwa den, daß Investitionen gut für das Wachstum sind. Ihrem Ansehen in der Zukunft hat das aber eher geschadet. Entwicklungsökonomie stand lange Zeit nicht im Zentrum der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, eben weil die herrschende Wachstumstheorie als unbefriedigend angesehen wurde. Deshalb haben sich viele der klügsten Köpfe in den letzten Jahren lieber mit Geld- und Finanzmarkttheorien statt mit Wachstumstheorie beschäftigt. Neuerdings beginnt sich das Blatt aber zu wenden. Seit etwa zehn Jahren beginnt sich eine Forschungsrichtung zu etablieren, die als "neue" oder "endogene" Wachstumstheorie bezeichnet wird. Dabei ist es nicht ohne eine gewisse Ironie, daß diese wesentlich besser fundierten Ansätze zu Ergebnissen kommen, die vollkommen mit dem übereinstimmen, was in der Entwicklungsökonomie seit langem vertreten wird.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Wirtschaftswissenschaft konnte auch bislang durchaus mit einer Entwicklungstheorie aufwarten, die in jedem besseren Lehrbuch der Makroökonomie erwähnt wird. Diese sogenannte neoklassische Theorie wurde von Robert Solow vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den 50er Jahren vorgeschlagen und hat seitdem eine Vielzahl von Verfeinerungen erfahren. Bei den Studenten hat sich dieser Ansatz aber nicht durchsetzen können, weil er offenkundig nicht so recht mit den Fakten in Einklang zu bringen war. Genau aus diesem Grund hat das Solow-Modell für die aktuelle Wirtschaftspolitik auch nie eine wichtige Rolle gespielt; was Wachstum und Entwicklung anging, konnte die neoklassische Position streng genommen nicht überzeugen.

Die scheinbare Realitätsferne der traditionellen neoklassischen Wachstumstheorie hat aber den Boden bereitet für neue Einsichten, die beginnend mit einer Dissertation von Paul Romer an der Universität von Chicago entstanden sind. Obwohl die theoretische Diskussion derzeit noch auf Hochtouren läuft, zeichnet sich bereits so etwas wie ein neoklassisches Konsensmodell der wirt-

schaftlichen Entwicklung ab, das sehr gut mit den beobachteten Daten übereinstimmt. Sicherlich ist mit dieser Interpretation nicht das letzte Wort zum Thema gesprochen worden, aber ein kleiner Schritt zu einem besseren Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung ist getan.

Neoklassische Wachstumstheorie: Alt ...

Das Kernstück der neoklassischen Wachstumstheorie ist eine mathematische Gleichung, die sogenannte Produktionsfunktion. Die Produktionsfunktion besagt, daß das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft von den Produktionsfaktoren "Arbeit" und "Kapital" bestimmt wird. Zur ökonomischen Theorie wird diese rein funktionale Beziehung zwischen Inputs und Output durch zwei spezifische Annahmen.

Erstens: Eine Verdoppelung *aller* Inputs führe zu einer Verdoppelung der Outputs. Dies ist die Annahme konstanter Skalenerträge. Zweitens: Je mehr man den Kapitaleinsatz je Beschäftigten – die sogenannte Kapitalintensität – erhöht, desto geringer seien die dabei erzielten Outputgewinne. Dies ist die Annahme abnehmender Grenzerträge.

Beide Annahmen erscheinen auf den ersten Blick plausibel, und beide Annahmen sind mit einer Vorstellung vom Marktgeschehen vereinbar, das von den Ökonomen als "vollständige Konkurrenz" bezeichnet wird. Diese Vorstellung vom Marktgeschehen besagt, daß kein Marktteilnehmer soviel Einfluß hat, daß er den Marktpreis beeinflussen kann. Wenn ein Unternehmen beispielsweise mehr als den Marktpreis für sein Produkt verlangen würde, so die Theorie, dann würde es nichts mehr verkaufen können: Die Konsumenten würden dieses oder ein ähnliches Produkt bei einem der Wettbewerber des Unternehmens kaufen. Deshalb können bei der Marktform der vollständigen Konkurrenz keine überdurchschnittlichen Gewinne entstehen.

Natürlich möchte jeder Produzent sein Angebot zu Preisen verkaufen, die über dem Marktpreis liegen, und jeder Konsument möchte seine Nachfrage zu Preisen befriedigen, die unter dem Marktpreis liegen. Da aber alle Produzenten und Konsumenten gezielt nach solchen Renten (wie es die Ökonomen nennen) suchen, machen sie sich untereinander Konkurrenz. Was für den Gütermarkt gilt, gilt in der Theorie auch für alle anderen Märkte, wie etwa die Märkte für Kapital und Arbeit. Die unsichtbare Hand des Marktes kann also den Egoismus der Individuen tendenziell

in einen gesamtwirtschaftlich wünschenswerten Zustand überführen, wo der Wettbewerb dafür sorgt, daß weder der Faktor Kapital noch der Faktor Arbeit eine Rente abschöpfen können.

Diese Sicht der Dinge erklärt, weshalb neoklassisch orientierte Ökonomen so vehement für Freihandel und Deregulierung eintreten: Sie erhoffen sich davon, daß die in abgeschotteten Märkten entstehenden Renten unter dem Druck des Wettbewerbs verschwinden. Dies ist ein wünschenswertes Ergebnis des Marktmechanismus, da ansonsten Ressourcen in Bereichen gebunden werden, in denen sie aus gesamtwirtschaftlicher (nicht aus einzelwirtschaftlicher) Sicht unterdurchschnittliche Erträge erbringen. Mit anderen Worten: Wenn es Renten zu verteilen gibt, erhalten entweder der Faktor Kapital oder der Faktor Arbeit einen größeren Anteil vom Sozialprodukt, als ihnen gemäß ihrer Produktivität zusteht. Dies kann aber nur dann dauerhaft möglich sein, wenn leistungsfähige Wettbewerber durch administrierte Preise oder quantitative Beschränkungen vom Markt ferngehalten werden, wenn also die vorhandenen Ressourcen wie etwa im Fall der Arbeitslosigkeit nicht vollständig genutzt werden.

Was haben die Annahmen konstanter Skalenerträge und abnehmender Grenzerträge sowie das Konzept der vollständigen Konkurrenz mit einer neoklassischen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun? Alle diese Theorieelemente hängen miteinander zusammen, und zwar so, daß man nicht eine Annahme ändern kann, ohne an anderer Stelle zu einem weniger plausiblen Ergebnis zu kommen. Bei konstanten Grenzerträgen und steigenden Skalenerträgen kann man beispielsweise nicht mehr ohne weiteres darauf setzen, daß der Marktmechanismus zu einem effizienten Produktionsergebnis führt, d.h. nicht alle Renten werden in einem solchen Fall verschwinden. Diese theoretische Implikation erscheint den meisten Ökonomen suspekt. Zwar wird niemand ernsthaft bestreiten wollen, daß es beispielsweise temporäre Innovationsrenten gibt, aber daß es *dauerhaft* Renten zu verteilen geben soll, trotz des immer intensiveren weltweiten Wettbewerbs auf den Güter- und Faktormärkten, ist in der Tat schwer vorstellbar. Das Konzept des vollständigen Wettbewerbs und die Annahme abnehmender Grenzerträge sind aber nur mit Hilfe eines zusätzlichen Tricks für eine neoklassische Wachstumstheorie zu gebrauchen.

Mit den drei traditionellen Annahmen im Gepäck postuliert das Solowsche Wachstumsmodell, daß die wirtschaftliche Entwicklung vor allem als Akkumulationsphänomen verstanden werden muß. Eine Volkswirtschaft, die heute auf Konsum verzichtet und dafür investiert, wird morgen ein höheres Pro-Kopf-Einkommen aufweisen als eine Volkswirtschaft, die von der Hand in den Mund lebt. Das Wachstum speist sich demnach aus dem Aufbau eines Kapitalstocks, der die Produktivität der Arbeitskräfte und dadurch auch ihr Einkommen erhöht.

Leider kann dieser Ansatz nicht erklären, wieso wir *dauerhaftes* Wirtschaftswachstum beobachten. Dies liegt an der Annahme abnehmender Grenzerträge. Je größer der bereits akkumulierte Kapitalstock ist, desto geringer ist demnach der Ertrag, den das letzte Investitionsobjekt abwirft. Eine fallende Profitrate würde in diesem Modell, so wie von Karl Marx vorhergesagt, zu einem Ende der Akkumulationstätigkeit und damit zu einem Ende des wirtschaftlichen Wachstums führen. Marx hat nicht recht behalten; Solow konnte sein Modell nur dadurch retten, daß er den technischen Fortschritt einführte, der für immer neue lohnende Investitionsprojekte sorgen würde. In seinem Modell bestimmt also letztlich ein Faktor das wirtschaftliche Wachstum, der als von außen vorgegeben und damit als nicht beeinflussbar betrachtet wird. Deshalb ist es auch nicht weiter überraschend, daß sich viele Entwicklungsökonomien mit diesem Ansatz nie so recht anfreunden konnten: auf den Punkt gebracht, spielt die Wirtschaftspolitik in dieser Modellwelt keine Rolle.

Aus der Problematik des traditionellen Wachstumsmodells mag bereits deutlich geworden sein, welchen Weg die neuen Ansätze genommen haben. Das Ziel mußte sein, ohne Rückgriff auf einen aus dem Hut gezauberten Faktor wie den technischen Fortschritt dauerhaftes Wirtschaftswachstum aus dem Modell heraus erklären zu können – daher **endogene Wachstumsmodelle**. Wie so etwas im Prinzip zu machen ist, war eigentlich schon lange klar: Man mußte irgendwie weg von der Annahme abnehmender Grenzerträge. In der Tat ist es ja auch nicht so, daß die Profitraten in den hochentwickelten Volkswirtschaften einen fallenden Trend aufweisen. Nicht klar war aber bisher, daß eine solche Modifikation unter Umständen doch mit dem Konzept des vollständigen Wettbewerbs vereinbar sein kann, wenn dabei nur bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

... und neoklassische Wachstumstheorie: Neu

Die meisten neuen Ansätze, die in der einen oder anderen Form auf der grundlegenden Arbeit von Paul Romer aufbauen, postulieren denn auch, daß die Grenzerträge des Faktors Kapital konstant sind oder gar steigen. Dies wird damit begründet, daß *Kapital* eben nicht nur wie im traditionellen Modell *Sachkapital* umfaßt, sondern auch das in einer Volkswirtschaft vorhandene und erzeugte *Wissen*. Dieses Wissen, das im wesentlichen durch eine gute Ausbildung der Arbeitskräfte entsteht, wird von den Ökonomen gemeinhin mit dem Schlagwort "**Humankapital**" belegt. Damit soll nicht angedeutet werden, daß Menschen wie Maschinen zu betrachten sind. Vielmehr soll mit dem Begriff Humankapital hervorgehoben werden, daß eine gute Ausbildung wie eine lohnende Investition zu betrachten ist, die später hohe Erträge einbringt.

Ein erweiterter Kapitalbegriff, der Sach- und Humankapital umfaßt, braucht allerdings nicht notwendig dem Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs zu unterliegen. Neues Wissen kann praktisch unbegrenzt erzeugt werden, und es kann, anders als etwa ein herkömmliches Investitionsgut, von vielen Anwendern gleichzeitig genutzt werden. Neues Wissen kommt so in der Regel nicht nur seinem Erfinder, sondern auch anderen Anwendern zugute. Diesen Effekt bezeichnen die Ökonomen als eine Externalität. Wenn nun dank einer solchen Externalität das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs nicht mehr zu gelten braucht, dann hat man einen Mechanismus gefunden, wie dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum im Rahmen des neoklassischen Ansatzes erklärt werden kann, ohne dabei auf den exogenen technischen Fortschritt zurückgreifen zu müssen.

Was hier auf den ersten Blick als eine ziemlich triviale Idee erscheinen mag, konnte von den Theoretikern lange Zeit nicht bewältigt werden, weil ihnen dazu die nötigen mathematischen Kenntnisse fehlten. Dieser Engpaß ist mit dem Vordringen der höheren Mathematik in der Wirtschaftswissenschaft beseitigt worden. Erstmals hat Paul Romer gezeigt, daß man ein widerspruchsfreies Modell des Wirtschaftswachstums konstruieren kann, das auch ohne die Annahme abnehmender Grenzerträge des Faktors Kapital mit dem Konzept des vollständigen Wettbewerbs vereinbar ist, wenn nur die gesamtwirtschaftlichen Erträge

des Faktors Wissen aufgrund der externen Effekte größer sind als ihre individuellen.

Um den Romerschen Beweis vollständig nachvollziehen zu können, muß man zwar mehr als das in der Schule vermittelte Mathematikwissen mitbringen; um die grundsätzliche Idee zu verstehen, braucht man aber nur ein gewisses Maß an Intuition. Dies wird vielleicht klar, wenn man die Geschichte von hinten herum erzählt. Was würde passieren, wenn der Beitrag des Produktionsfaktors Wissen zum Sozialprodukt größer ist als seine Entlohnung? In einem solchen Fall würden die Produktionsfaktoren Sachkapital und Arbeit den Faktor Wissen sozusagen ausbeuten: Sie erhielten eine Rente, die aus der Erzeugung neuen Wissens entsteht. Diese Renten führen nach Romer aber nicht zu Ineffizienzen, weil – so die Idee – die Grenzerträge bei der Erzeugung des neuen Wissens aufgrund der speziellen Eigenarten dieses Produktionsfaktors nicht abnehmen. Im Ergebnis erhält man ein stetig zunehmendes Sozialprodukt bei vollständigem Wettbewerb auf allen Märkten.

Neoklassische Wachstumstheorien im empirischen Test

So banal es klingen mag: Aufgrund dieser Interpretation ist der Raum des theoretisch Möglichen beträchtlich gewachsen, was nicht zuletzt durch die Vielzahl der Dissertationen dokumentiert wird, die derzeit zu diesem Thema verfaßt werden. Allerdings gilt insbesondere in der Wirtschaftswissenschaft, daß nicht alles, was theoretisch möglich ist, auch plausibel ist. Und nicht alles, was zunächst plausibel klingt, ist auch empirisch relevant. Dies berührt vor allem die Frage, welche Implikationen sich aus dem traditionellen und aus dem neuen neoklassischen Ansatz ergeben.

Die alte und die neue Variante der neoklassischen Wachstumstheorie unterscheiden sich im Kern im Hinblick auf ihrer Vorhersage eines Normalmusters des Wirtschaftswachstums. Dabei ist die traditionelle Sicht wesentlich optimistischer, was die Aufholchancen der armen Länder angeht. Sie besagt ja, daß mit zunehmender Kapitalakkumulation in den reichen Ländern der Anreiz zum Investieren sinkt. Deshalb müßte eigentlich Kapital von den reichen in die armen Länder fließen, da es dort aufgrund der relativen Knappheiten einen höheren Ertrag erzielen sollte. Nach der Logik dieses Modells müßten schließlich alle Länder densel-

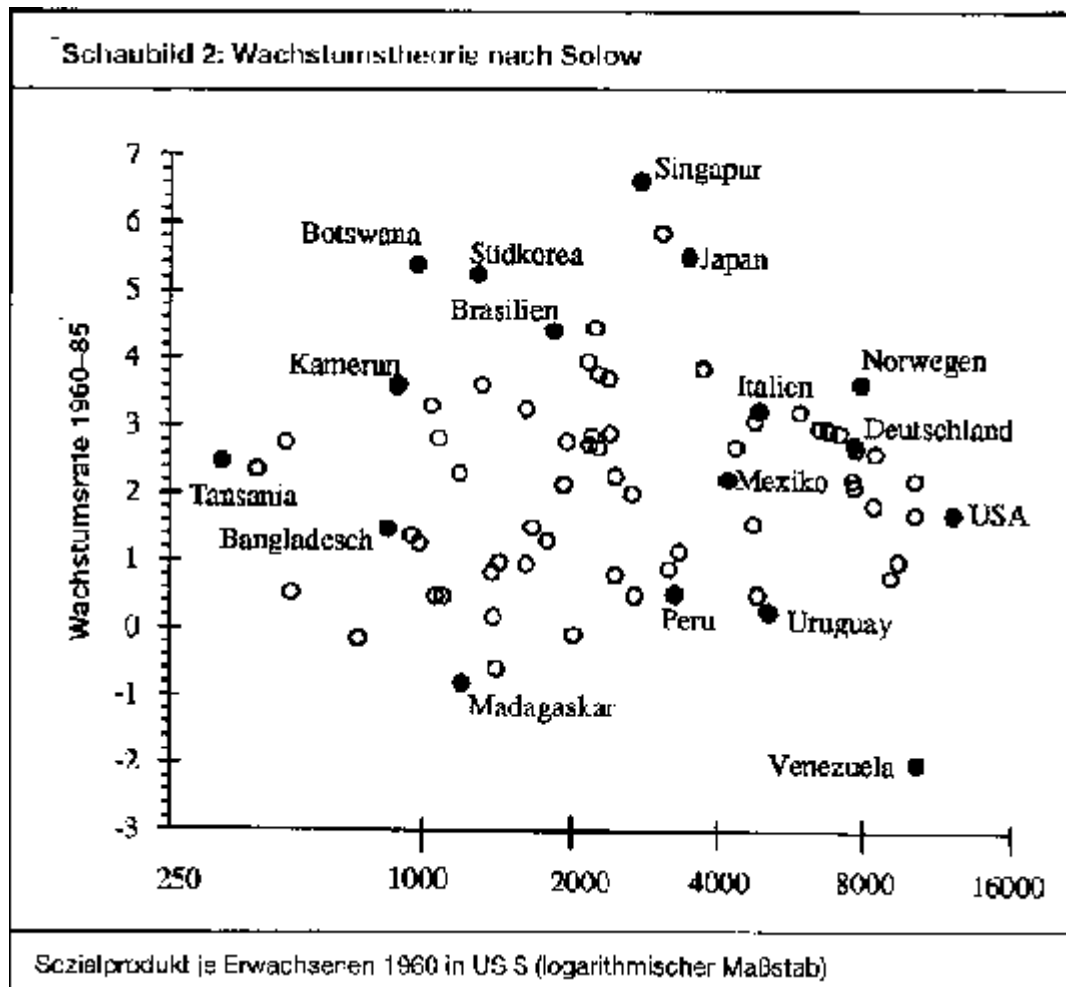
ben Kapitalbestand und damit auch dasselbe Einkommen haben. So ist es in der Realität aber offenkundig nicht.

Die neuen Ansätze sagen nicht vorher, daß es im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zu einer quasi natürlichen Angleichung der Einkommen zwischen armen und reichen Ländern kommt. Der Grund dafür ist die Annahme, daß die Grenzerträge mit zunehmender Kapitalakkumulation nicht abnehmen, zumindest wenn man Sach- und Humankapital zusammen betrachtet. Demnach gibt es diesem Ansatz zufolge auch keinen Anreiz für Kapitalbewegungen von reichen in arme Länder, sei es in Form von Investitionsprojekten oder in Form von gut ausgebildeten Arbeitskräften. Mehr noch, wer in dieser Modellwelt einmal einen großen Kapitalstock hat, also viele Maschinen und viele Universitäten, wird für immer ein hohes Einkommen behalten, da er zusätzliche Ressourcen attrahieren kann. Diese Implikation paßt auf den ersten Blick sehr gut zu den häufig beobachteten Phänomenen Kapitalflucht und "brain drain". Aus Sicht der neuen Wachstumstheorie erhält man somit ein wesentlich pessimistischeres Bild, was die Aufholchancen armer Entwicklungsländer angeht. Falls diese Theorie recht hat, können arme Länder nämlich nur dann aufholen, wenn sie, aus welchen Gründen auch immer, mehr für die Kapitalbildung tun als die reichen Länder; ansonsten müßten sie zurückfallen.

Trifft diese Botschaft die Wirklichkeit besser als die Botschaft des traditionellen Modells? Was sagen die Daten zu den beiden neoklassischen Extrempositionen? Dies läßt sich sehr einfach anhand eines Diagramms veranschaulichen.

Das Diagramm (Schaubild 2) soll den Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand eines Landes und seinem langfristigen Wirtschaftswachstum aufzeigen. Auf der horizontalen Achse ist das Sozialprodukt je Einwohner im Jahr 1960 abgetragen. Auf der vertikalen Achse ist die Wachstumsrate dieser Variablen für den Zeitraum 1960-85 abgetragen. Jeder Punkt in dem Diagramm repräsentiert ein Land. Insgesamt sind 75 Länder berücksichtigt worden, für die einigermaßen verlässliche Daten vorhanden sind. Nicht berücksichtigt worden sind Länder mit weniger als 1 Million Einwohnern sowie Länder, deren Einkommen im wesentlichen aus dem Verkauf von Erdöl besteht. In dem Diagramm kann man beispielsweise ablesen, daß die USA im Jahr 1960 das reichste und Tansania eines der ärmsten Länder der Weltwirtschaft war. Singapur glänzte im Zeitraum 1960-85 mit

einer realen Wachstumsrate von über 6%, während der Lebensstandard in Venezuela im selben Zeitraum gefallen ist.

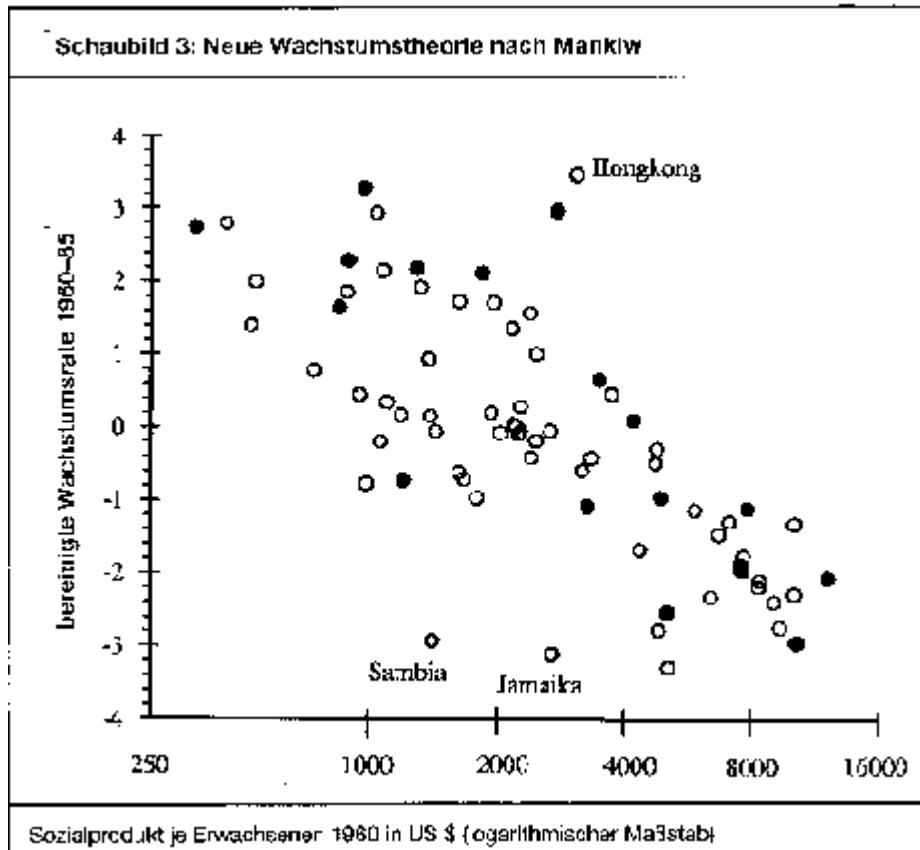


Wenn arme Länder schneller wachsen als reiche, so wie von der traditionellen Wachstumstheorie vorhergesagt, dann müßten sich die Länderpunkte in dem Diagramm entlang einer idealisierten Geraden verteilen, die von links oben (hohe Wachstumsrate = niedriges Anfangs-Einkommen) nach rechts unten (niedrige Wachstumsrate = hohes Anfangs-Einkommen). Statt dessen streuen die Länderpunkte ohne jede erkennbare Struktur über das gesamte Diagramm. Genau dieser Befund ist zunächst als Beleg für die Richtigkeit der neuen Wachstumstheorie herangezogen worden, nach der es einen Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand und dem Wachstum eines Landes nicht oder nur zufällig gibt. Besagt dieser Befund aber wirklich, daß die Annahme abnehmender Grenzerträge nicht plausibel ist, oder besagt er vielmehr, daß der Kapitalbegriff des traditionellen Solow-Modells einfach zu eng ist?

Ein neoklassisches Konsensmodell des Wirtschaftswachstums

Bevor man also die neue Wachstumstheorie mit ihrer für die Entwicklungsländer eher pessimistischen Botschaft vorbehaltlos akzeptiert, sollte man überlegen, ob nicht auch ein neoklassisches Wachstumsmodell, das den Faktor Humankapital einbezieht, mit den Daten zusammenpaßt, ohne dabei die traditionelle Annahme abnehmender Grenzerträge aufzugeben. Ein solches Modell ist jüngst von einer Gruppe amerikanischer Ökonomen um Gregory Mankiw von der Harvard Universität als Reaktion auf die neue Wachstumstheorie vorgeschlagen worden.

Die Idee ist dabei folgende. Im internationalen Vergleich gibt es nicht nur ein großes Einkommensgefälle, es gibt auch große Unterschiede im Hinblick auf Investitionen, schulische Ausbildung und Bevölkerungswachstum. Dies sind die zentralen Determinanten des Wirtschaftswachstums, wie sie die neoklassischen Ansätze identifizieren: Investitionen und schulische Ausbildung erhöhen den kombinierten Bestand am Sach- und Humankapital und damit die Produktivität der Arbeitskräfte, während das Bevölkerungswachstum den pro Arbeiter verfügbaren Sach- und Humankapitalbestand reduziert. Wenn man also dem traditionellen Ansatz eine echte Chance geben will, dann muß man auch den Daten eine Chance geben. Dies kann so geschehen, daß man mit Hilfe einer Regressionsanalyse die beobachteten Wachstumsraten um internationale Unterschiede bei eben jenen Variablen Sachkapital, Humankapital und Bevölkerungswachstum bereinigt. Zu fragen ist dann, ob ein Zusammenhang zwischen der *bereinigten* Wachstumsrate und dem Sozialprodukt der Basisperiode besteht. Schaubild 3 zeigt, daß eine auf diese Weise erweiterte traditionelle Wachstumstheorie nicht mehr im Gegensatz zu den Daten steht. Dieselben Länder, die im ersten Diagramm in etwa den Rand der Punktwolke bildeten, streuen nun um eine Gerade, die, wie von der Theorie vorhergesagt, von links oben nach rechts unten verläuft. Natürlich gibt es keinen perfekten Zusammenhang, und man muß auch zugeben, daß dieser Ansatz nicht so gut funktioniert für einzelne Länder wie Sambia, Jamaika und andererseits Hongkong. Für die Mehrzahl der Länder funktioniert das neoklassische Konsensmodell aber recht gut.



Schlußfolgerungen für die Entwicklungspolitik

Für sich genommen besagt der Befund, daß arme Länder eine gute Chance für Aufholprozesse haben, d. h. sie können grundsätzlich schneller wachsen als reiche Länder. Da sie viele Techniken nicht noch einmal zu erfinden brauchen, bekommen insbesondere die armen Entwicklungsländer sozusagen einen Teil ihres Wachstumspotentials geschenkt. Das, was ihnen in Form von frei zugänglichem Wissen zufließt, erlaubt aber nur einen äußerst langsamen Aufholprozeß, wie aus der Steigung der imaginären Geraden in Schaubild 3 abgeleitet werden kann. So haben verschiedene Berechnungen gezeigt, daß die natürliche Aufholrate maximal bei etwa 2% liegt. Demnach würde man für eine Verdoppelung des Lebensstandards im Durchschnitt 35 Jahre benötigen. Südkorea hat es in der Vergangenheit in 11 Jahren geschafft, also muß mehr dahinterstecken als ein natürlicher Aufholprozeß.

Ob die armen Entwicklungsländer die natürlichen Aufholchancen überhaupt nutzen oder gar mehr erreichen, hängt ganz we-

sentlich von ihrer Wirtschaftspolitik ab. Sie werden ihr Wachstumspotential nicht nutzen können, wenn ihre Investitionen in Sach- und Humankapital, als Anteil am Sozialprodukt gerechnet, hinter den Anstrengungen der reichen Länder zurückbleiben, und wenn ihre Bevölkerung so stark anwächst, daß dies jedwede Erfolge bei der Kapitalbildung auffrißt.

Die positive Botschaft der neoklassischen Wachstumstheorie lautet somit, daß es keine automatische Tendenz in Richtung auf eine Abkoppelung der armen Länder von einer sich immer stärker integrierenden Weltwirtschaft gibt. Der Weg aus der Armutsfalle erfordert Investitionen in Sach- und Humankapital. Die Erfahrung der bisherigen Wirtschaftswunderländer in Ostasien zeigt, daß solche Investitionen ganz überwiegend aus heimischen Quellen finanziert worden sind, auch bei einem anfangs sehr niedrigem Entwicklungsstand. Damit es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommt, müssen allerdings die viel zitierten makroökonomischen Rahmenbedingungen stimmen: Die Rendite der Investitionen darf nicht durch Inflation, eine hohe Staatsverschuldung mit der Folge von Steuererhöhungen oder eine politisch instabile Lage gefährdet werden. Daß so etwas machbar ist, kann man derzeit vor allem in Asien besichtigen. Dort kann man auch besichtigen, daß so etwas weder selbstverständlich noch einfach ist. Dies ist die weniger tröstliche Einsicht, die die neoklassische Wachstumstheorie zu bieten hat: Ein besseres Leben in der Zukunft ist nur dann möglich, wenn die heutige Generation auf Konsum zugunsten von Investitionen in Sach- und Humankapital verzichtet; zu deren Finanzierung benötigt man hohe heimische Ersparnisse.

Literatur:

N. Gregory Mankiw, David Romer, David N. Weil: A Contribution to the Empirics of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 107, 1992, S. 408-437

Paul M. Romer: Increasing Returns and Long-run Growth, in: Journal of Political Economy, Vol. 94, 1986, S. 1002-1037

Robert M. Solow: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 70, 1956, S. 65-94

Dr. Erich Gundlach leitet die Forschungsgruppe "Humankapital und Wachstum" im Institut für Weltwirtschaft in Kiel.